Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 3

Artikel: Sozialdemokratie und Agrarfrage in der Schweiz
Autor: Fankhauser, A.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328154

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

3. HEFT NOVEMBER 1921 I. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Sozialdemokratie und Agrarfrage in der Schweiz.

Von Dr. A. Fankhauser.

I.

Als Lenin die Dekrete über die Naturalsteuer und den Freihandel gegenüber den Angriffen der kommunistischen Linken zu verteidigen hatte, begründete er seine Neuorientierung mit dem Kernsatz, Rußland sei das Land des kleinbäuerlichen Besitzes und dieser Tatsache müsse die Partei als die Vertreterin des Proletariats Rechnung tragen.

Die erste Hälfte des Satzes gilt auch für die Schweiz. Ob die zweite Hälfte ebenso, das hängt von Faktoren ab, die hier näher zu untersuchen sind. Die russischen Kommunisten suchen ihre Herrschaft zu behaupten. Das schweizerische Proletariat sucht eine solche Herrschaft erst zu gründen. Darin liegt ein vollkommener Unterschied der Situation. Ob dieser Unterschied bedeutet, daß bei uns die Bauern im Gegensatz zu Rußland unversöhnliche Klassenfeinde der Arbeiterschaft sind, oder ob er bloß besagt, daß uns eine andere Methode geboten ist, um die Bauern zu gewinnen, als den Russen, davon hängt es ab, ob die Tatsache der bäuerlichen Besitzverhältnisse ebenso respektiert werden soll wie in Sowjetrußland.

Der Unterschied in der Kampfsituation muß näher umschrieben werden. Zwischen der russischen Großbourgeoisie und dem herrschenden Großgrundbesitz bestand eine Interessengemeinschaft, die unweigerlich zum Waffenbündnis „Arbeiter und Bauer" führen mußte. Dieses Bündnis bedingte den bolschewistischen Sieg. Es wird für alle Zeiten den Bolschewisten als schlimmster politischer Fehler angerechnet werden müssen, daß sie die Konsequenzen des Bündnisses zu spät erfaßten. Es wird ebenso für immer der Ruhm derjenigen Kommunisten sein, die

den Fehler einsahen und — wer weiß — zur rechten Zeit gut zu machen wußten.

Ganz anders entwickelten sich die Kampfgruppierungen in den westlichen Ländern, besonders dort, wo der Feudalismus völlig gestürzt wurde, vorab also in Frankreich und der Schweiz. Hier stunden von Anfang an Groß- und Kleinbürgertum in einer Reihe gegen das alte System; bloß die Opfer des Bündnisses aller liberalistisch gerichteten Schichten, die von Jahr zu Jahr wachsenden proletarisierten Massen entwickelten sich zu einer neuen oppositionellen Macht, fanden nach einem halben Jahrhundert bürgerlicher Revolutionen Ausdruck in der Arbeiterbewegung und stehen heute jenen übrig gebliebenen Schichten als die kommenden Anwärter der Macht in Todfeindschaft gegenüber.

Das Bündnis der russischen Arbeiter und Bauern leidet unter dem Gegensatz zweier Wirtschaftstheorien, der liberalistisch-bäuerlichen und der sozialistisch-proletarischen. Darum drohte es in die Brüche zu gehen, sobald der gemeinsame Feind nicht mehr aktiv auf sieben Kriegsfronten gegen die Sowjetrepublik vorging. Das Bündnis zwischen den verschiedenen Schichten der westlichen Bourgeoisie war innerlich viel stärker, weil es zusammengehalten war durch die Einheit der Wirtschaftstheorie, oder realer, der wirtschaftlichen Interessen, welche diese Theorie erzeugt hatten. Alle diese Schichten waren liberalistisch und sind es geblieben bis auf den heutigen Tag.

Für die klein- und mittelbäuerlichen Schichten, die für schweizerische Verhältnisse allein in Betracht kommen, gilt dies in sehr hohem Grade. Das letzte Individuum lernt sozusagen mit der Muttermilch denken, daß der Mensch da sei, um zu arbeiten und es „zu etwas zu bringen". Der tägliche Kampf bestätigt jedem, daß dem so sei. Darin besteht der fundamentale Gegensatz zum Entstehen des proletarischen Denkens. Der Arbeiter weiß von der Wiege an, daß ihm nichts bevorsteht, als „es zu nichts zu bringen". Der tägliche Kampf bestätigt ihm diese Wahrheit und macht ihn dem Gedanken zugänglich, die Ausbeutung durch die Expropriation der Expropriateure zu beseitigen. Eine Vereinigung beider Denkweisen ist nicht möglich. Hält es schon unendlich schwer, die beiden verbündeten Klassen in Rußland beisammenzuhalten, so scheint es unmöglich, sie in irgendeinem westlichen Lande zusammenzubringen. In Rußland würde die Lösung sein, die Interessen beider zu vereinigen. Dann wären auch die Theorien einander nicht mehr feindlich. Im Westen gilt genau dasselbe. Ueberdies aber muß eine hundertjährige Tradition überwunden, eine festgefahrene Richtung der Denkweise geändert werden.

II.

Was müßte auf Seite der Arbeiter geschehen, um dem Bauerntum eine Annäherung zu erleichtern? Es muß vor allem festgestellt werden: Nicht nur die bäuerliche Denkweise ist festgefahren, sondern auch die proletarische. Man hat im Kampf um die Durchsetzung der sozialistischen Prinzipien mit aller Gründlichkeit den sozialistischen Endzustand als Idee betont, weiß aber über die Zwischenetappen möglichst wenig. Der Ausdruck „sozialisierungsreif", der gleich bei Beginn der deutschen Revolution aufkam, zeigte einen erschreckenden Mangel an Bereitschaft für die Politik der Zwischenetappen.

Der Bauernführer Hämmerli durfte in einer Glossierung von Kautskys „Sozialisierung der Landwirtschaft" die Unterschiebung wagen, die Meinung Kautskys sei: Gebiete wie die Schweiz werden, weil unfähig zum Betrieb unter sozialistischem Regime, einfach aufgeforstet. Wer diese Glossierung las, ärgerte sich, wie leicht den Gegnern des Sozialismus seine Diskreditierung gemacht wird. Kautsky sah vollkommen richtig, einen Einheitstyp von landwirtschaftlichem Betrieb vorausgesetzt. Aber dieser Typ besteht nicht, und besteht besonders in Gegenden wie die Alpenländer nicht. Für eine sozialistische Bewirtschaftung solchen Bodens fehlt die Hauptvoraussetzung: der „gewordene" Großbetrieb mit dem „Unternehmer" als Besitzer und einer Schar Proletarier als „Lohnsklaven". Weshalb aber fehlt diese Voraussetzung? Weil die Maschinen noch nicht erfunden sind, die den Riesenbetrieb rentabler machen als den Mittel- und Kleinbetrieb. Infolgedessen werden sich diese Gegenden noch wer weiß wie lange in den Händen einer Schicht von Arbeitenden befinden, die mit einer kleinern Schicht von Abhängigen mühselig und beladen im Dienste des Großkapitals schuften, aber um keinen Preis von Sozialismus hören wollen.

Was folgt aber daraus? Die ungleiche Reifezeit der verschiedenen Produktionszweige verlangt Berücksichtigung von seiten der sozialistischen Theoretiker. Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß der Kleinbetrieb im sozialistischen Staat gefördert und geschützt ist, sofern er die Konkurrenz mit den sozialisierten Betrieben aushält und mit seinen Arbeitsmethoden eben so gute oder bessere Produktionsergebnisse zeitigt wie die Konkurrenten. Konsequenz davon ist die Anerkennung des Privatbesitzes an solchen Betrieben. Die klare Formulierung dieses Grundsatzes muß dem Sozialismus seine Agitation ungeheuer erleichtern. Erst dadurch wird praktisch bewiesen, daß die Interessen der Kleinbauern und die der Arbeiterklasse einander nicht entgegenlaufen. Erst auf Grund dieser Interessenversöhnung

wird es dem Bauer auch einmal möglich sein, das Angesicht statt ewig nach links auch einmal nach rechts zu richten und die Maske des Hypothekengläubigers zu sehen, die ihn ewig hetzend nach links schauen heißt, auf die Feinde der staatlichen, sittlichen und himmlischen Ordnung.

Im Zusammenhang mit der „Reifedifferenzierung" steht der Kampf um die bäuerliche Psyche in bezug auf eine Reihe sozialistischer Forderungen des Tages, als da sind: Arbeitszeit, Haftpflicht des Unternehmers und so fort. Es ist den Kämpfern vergangener Jahrzehnte durchaus nicht eingefallen, auf die kleinbürgerlichen Mitläufer des Kapitals Rücksicht zu nehmen, wenn es galt, die minimalen Existenzbedingungen des Arbeiters zu erringen. Daraus aber erklärt es sich, daß der selbständige Ziegenbauer bis zur Stunde über den Achtstundentag nichts anderes weiß, als das eine, was die bourgeoise Presse ihn lehrte: Der Arbeiter will nichts mehr schaffen; und über die Haftpflicht des Unternehmers weiß er kaum mehr als das: Der Arbeiter will sich wenn möglich krank melden und gratis unterhalten lassen. In den sozialistischen Kampfheften ist nirgends gesagt, was der Kampf um die verkürzte Arbeitszeit grundsätzlich bedeutet, oder besser, was die verlängerte Arbeit bedeuten müßte. Der Bauer kann sich denken, welche Wirkung es für seine Existenz hat, wenn eine überreiche Obsternte in allen Obstgegenden der Welt, eine überreiche Weizenernte zur gleichen Zeit, eine Steigerung der Milchproduktion obendrein eintritt: Er ist ruiniert. Soll er die Versuche zur Verknappung der Arbeitszeit verstehen, so muß es ihm an Beispielen klar gemacht werden, die er verstehen kann.

Ohne die Anerkennung der liberalistischen Auffassung über die Frage der Arbeitszeit im Bereiche der anerkannten Kleinbetriebe ist die Annäherung der Bauern an die Arbeiter unmöglich. Sie gehört zur Anerkennung der Interessen eben der Gruppe, deren Bündnis die Arbeiterklasse allenfalls suchen muß. Die Frage des landwirtschaftlichen Achtstundentages hat also zwei Lösungen. Entweder man versucht, gleich wie in den Großbetrieben der Industrie, die Arbeitsleistung der Lohnarbeiter zu verknappen, um die menschenwürdige Entlöhnung zu erzwingen, oder man läßt die Frage der Zeit überhaupt fallen und befürwortet die konsequente Durchführung des liberalistischen Prinzips: Entlöhnung durch Gewinnanteil. Ob der eine oder der andere Weg zu empfehlen ist, wird entschieden durch die Beantwortung der Frage, ob die Bauern als Feinde oder als Freunde behandelt werden sollen.

III.

Die Agrarfrage auf dem schweizerischen „kleinbäuerlichen" Boden hängt aber nicht in erster Linie von dem ab, was die

Sozialdemokratie lernt und wie sie sich künftig auf die Bauernpsyche einstellt. Viel wichtiger ist der Prozeß innerhalb der Gesamtbourgeoisie, der die einzelnen Schichten in getrennte Lager scheidet und zu Neugruppierungen führen kann, wobei erst die Möglichkeit gegeben sein wird, die eine oder die andere Gruppe als Verbündete der Arbeiterbewegung zu gewinnen.

Die Anerkennung von „liberalistischen Wirtschaftszellen" innerhalb des Sozialismus und die Anerkennung der Konsequenzen solcher Zellen (also z. B. der Verzicht auf sozialistische Arbeitszeitgesetze im Bereich solcher Zellen), hat erst dann Sinn, wenn sich solche Möglichkeiten ergeben.

Welche Tendenzen also beherrschen die Gesamtbourgeoisie, und welches sind die Keimzellen ihrer Zersetzung? In Rußland war der Gegensatz gegeben: Die „nichtshabenden" Bauern forderten das Land von den Grundbesitzern. Im Westen besteht ein ähnlicher, aber verkappter Gegensatz: Die Bauern haben das Land, aber sie haben nicht die auf dem Lande lastenden Hypotheken. Die Mehrzahl der Schuldtitel befindet sich vielmehr in andern Händen. Mit jedem Kauf, mit jeder Erbteilung wird der „Verdienst", den der einzelne an „seinem Hof" gemacht, für die Gesamtbauernschaft wieder zunichte. Die Verschuldung wächst, und sie ist der Bauernklasse bewußt geworden. Der Krieg, welcher eine Konjunktur brachte, hat das Uebel verschlimmert ... Die Wertsteigerung der Güter wurde wettgemacht durch eine Steigerung der Hypotheken.

Nun muß man aber bemerken, daß das Bauerntum nicht allein unter dieser Abhängigkeit von der anonymen Finanzmacht leidet. Das ganze städtische und dörfliche Kleinbürgertum leidet ebenso, leidet außerdem unter der Konkurrenz der Großindustrie. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn beide Klassen sich instinktiv zu einer Abwehr zusammenfinden. Zwar sind ihre Lasten nicht ganz gleich, der Gegner aber ist ein und derselbe. Daß die Kampfstellung nicht längst eine klarere wurde, kommt daher, daß beinahe jeder einzelne mit dem Feind verbunden ist, nicht nur, weil er kraft der wirtschaftlichen Tendenzen in der Zielrichtung ebenfalls nach der Würde des Finanzmannes strebt, sondern auch weil er mit seinem kleinen Guthaben tatsächlich ein Finanzmann ist. Nebenbei beherrscht ihn die Abhängigkeit vom Kredit; er ist also doppelt angeseilt. Je mehr aber die Abhängigkeit vom fremden Kredit wächst, desto deutlicher muß die Feindschaft gegen die Plutokratie werden. Vorläufig erleben wir noch das traurige Schauspiel, wie diese abhängigen Gruppen unter allen möglichen patriotischen und idealistischen Fahnen kämpfen und ihre zunehmende Verlumpung

bemänteln; sie verfechten dabei die Rechte ihres großen Gläubigers, und er hat an ihnen sein Wohlgefallen.

Daß die Bauernbewegung bloß ein Teil der kleinbürgerlichen ist, zeigte aufs schönste die Zertrümmerung der bernischen Freisinnspartei. Erst löste sich die Bauernpartei ab und gab sich ein „kapitalfeindliches" Parteiorgan. Dann folgte die „Bürgerpartei". Nach kaum einem Jahr erfolgte die Fusion der Bauern, Bürger und Gewerbler. Die Finanzgrößen rutschten erfolgreich mit oder blieben im freisinnigen Rumpf, genannt Fortschrittspartei. Die Führerschaft der Bauern schien zuerst gesichert. Ihr Organ bewies aber bald mit aller Deutlichkeit, wer der wahre Herr im Haus geblieben.

Derselbe Prozeß wird alle historischen liberalen Parteien im Lande treffen. Sie hatten Bedeutung als Zusammenfassung aller bourgeoisen Gruppen mit liberalistisch gerichteten Interessen. Daß sie zerfallen, hat den tiefern Grund in der zunehmenden „Konzentration des Kapitals", die neue Formen annimmt und sich hauptsächlich in der Stärkung der Banken zeigt. Die neu gebildeten Parteien sind erste Warnungen für die Plutokratie. Sanfte Warnungen zwar, denn die Plutokraten haben noch überall in diesen Parteien Sitz und Stimme, und die Kleinbürger wehren sich noch aus innerm Abscheu heraus mit allen Kräften, wirklich gegen die Finanzmacht anzurennen. Indessen werden sie ihre Harmlosigkeit büßen und vielleicht morgen schon gezwungen werden, Farbe zu bekennen, dann nämlich, wenn einerseits die Bodenverschuldung im Verein mit dem Abbau der Weltmarktpreise die Bauern vor den Ruin stellt, die Hypotheken aber weiterhin den gesetzlichen Schutz genießen, oder wenn die Gewerbler trotz allem Bemühen zuschauen müssen, wie sich die Kleinen mit den Großen fusionieren, wie der Große den Kleinen frißt und der Abfall in den eigenen Reihen wütet wie die Cholera in den Eingeweiden.

Im gegenwärtigen Stadium steht die Haltung des Kleinbürgertums im Zeichen der Notpolitik. Man will durch Zölle, durch Schutzverordnungen aller Art, durch Angriffe auf die Arbeiterklasse und ihre erkämpften Rechte die Möglichkeit erzwingen, mit der Schuldenlast auf dem Buckel weiterleben zu können.

Im alten Rom erzwang einst eine kleinbürgerliche Strömung ein Gesetz, wonach dem einzelnen nicht mehr als ein bestimmtes Maximum an Boden gehören sollte. Diese „licinischen Ackergesetze" wurden später, als sie längst unwirksam und die Plutokratie dank einer zwingenden Entwicklung groß geworden war, wieder hervorgeholt, nützten aber nicht mehr als ein Blasen gegen den Wind.

Wer weiß, die schweizerischen Kleinbürger verfallen in ihrer Not auf ähnliche Streiche wie die alten Römer; wie sie es aber auch treiben werden, die Entwicklung können sie nicht aufhalten. Ihre Gedankengänge erinnern mich an die Worte eines alten Bauern, den ich als Knaben sagen hörte: „Wer Hunderttausend hat und noch mehr will, dem sollte man den Kopf abschlagen." Er wollte für sich das Recht reservieren, auch Hunderttausend zu besitzen. Darum brachte er auch keinen um, der mehr besaß. Nur er wurde gefressen.

IV.

Was ist zu tun?

Man sieht klar genug, daß das Kleinbürgertum, die Bauern eingeschlossen, den Staat zu beherrschen scheinen und daß die Finanzkaste ihn tatsächlich beherrscht — im Namen des Volkes. Man sieht auch wohl, wie diese Herrschaft weiterdauert dank der Vorstellung, welche die Gehirne beherrscht, daß nämlich das Volk der Souverän sei. Ueber diesen Gemeinplatz zu diskutieren, wäre überflüssig, wenn er nicht die Hauptschranke wäre zwischen denen, die „frei erwerben", also es zu etwas bringen wollen, und denen, die um Lohn schuften, es also sicher zu nichts bringen. Ueber beiden steht das gemeinsame Gesetz, daß beide für einen Dritten schuften. Beide müßten aber zusammen gegen diesen Dritten stehen. Aber wie wollen sie sich finden?

Das Kleinbürgertum, das sich fast überall nach kurzer Zersetzungspause wieder in einem Lager sammelt und wieder von der Plutokratie abhängig macht, zerfällt in Gruppen, die für die Arbeiterklasse als Verbündete durchaus nicht gleichwertig sind. Das städtische Gewerblertum schiebt seine Vertreter nach oben und unten ab und ist als soches eine Größe, die gezwungen wird, dort Anschluß zu suchen, wo es am ehesten Schutz findet. Eine ganz andere Bedeutung aber hat die Bauernschaft.

Sie wird von keinen Riesenbetrieben konkurrenziert, ausgenommen von den ausländischen. Falls aber auch Tausende von einzelnen durch die ausländischen Betriebe ruiniert würden, auf niedriger Wertbasis wird die Landwirtschaft dennoch weiter existieren, und zwar noch auf lange hinaus und in produktiv hochwertigen Kleinbetrieben.

Die Frage, ob die Sozialdemokratie das kleinbäuerliche Besitzverhältnis als Faktum ihrer Politik in Betracht ziehen solle, halte ich darum beinahe für überflüssig, weil es nur eine Lösung geben kann, die den Tatsachen entspricht. Und die Tatsachen sprechen dafür, daß die Arbeitsmethode nicht besteht, die heute bessere Produktionsergebnisse zeitigen würde als die heutige Eigenwirtschaft auf Eigenbesitz.

Weit wichtiger ist die andere Frage, wie es möglich seiu wird, die Bauern für die Arbeiterbewegung zu interessieren, allenfalls als Gegner auszuschalten oder, wenn sie es sind, die vorzüglich die Rolle des Großkapitals spielen, mit Hilfe anderer Gruppen zu bekämpfen. Der Gedanke, sie als vorzüglichen Verbündeten im Kampfe um die Sozialisierung der am ehesten dazu reifen Produktionszweige zu gewinnen, ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen, ohne Zweifel. Aber die Kampfstellungen können derart wechseln, daß der Bauer weniger als jeder andere Bourgeois geeignet ist, mit dem Arbeiter zusammenzugehen.

Und das ist der Fall im gegenwärtigen Moment.

Die erste Sorge der Arbeiterklasse muß sein, zu verhindern, daß die Agrarier heute, in der Blüte ihrer politischen Kraft, durch ihre Zollpolitik und die Praxis der Einfuhrverbote die Exportindustrie ruinieren und ihr Hauptziel erreichen: die daraus resultierende Vernichtung der Arbeiterorganisationen. Erst wenn diese Epoche überwunden sein wird, darf man daran denken, mit dem Bauerntum zusammenzuarbeiten. Es wird der Bauernklasse nicht immer so gut gehen, wie es ihr während des Krieges ging und wie es ihr dank künstlicher Verlängerung der Konjunktur immer noch geht. Erst wenn diese Zeit vorüber ist, werden sie neuen Gedanken zugänglich sein. Wie man es alsdann anfangen will, ihnen solche Gedanken beizubringen, das ist die Frage der Taktik. Man kann von Partei zu Partei verhandeln. Das wäre kein Novum. Man könnte zweitausend Bergbauern organisieren, der Organisation den Namen einer „sozialistischen Bauernpartei" geben und ein kleines Organ gründen, das die Grundsätze der neuen Partei propagieren würde, sozialistische mit allen Reservaten für die kleinen Besitzer und mit dem Ausfallstor nach rechts: Besserstellung der Bauern durch Angriff auf die Bodenschulden. Dabei würde man ja erfahren, wie die bürgerlichen Bauern sich dazu stellten. Man könnte dies und jenes tun. Nur heute nicht. Heute sind die Bauern die Hauptfeinde. Heute darf man sich bloß in den Kampfpausen fragen, was morgen zu tun sei.

Die Taktik der Freigeldler.

Von Dr. Fritz Marbach.

Im Korrespondenzblatt der schweizerischen Festbesoldeten Nr. 11 (Redaktion Nationalrat Otto Graf) steht das Resümee eines Vortrages, den Genosse Schwarz, der Geschäftsführer des S. F. F. B. (Schweiz. Freiland-Freigeldbund), der Delegiertenversammlung der Graubündener Festbesoldeten hielt.